

Recht & Steuern

Ein Sommertraum: Sie zahlen (fast) keine Steuern mehr...

Von Dr. Frank Marty, Leiter Finanz- und Steuerpolitik und Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse



Stellen Sie sich vor, aus den Ferien zurück merken Sie: Die Steuern, die Sie zahlten, sind über Nacht abgeschafft worden, beim Bund zumindest. Die Einkommenssteuer? Geschenk. Gewinnsteuer? Keiner fragt mehr danach. Die Verrechnungssteuer: Auch die war einmal. Die Mehrwertsteuer schliesslich – beim Entsorgen der Formulare pfeifen Sie ein Liedchen.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung schliesst die Tore und übergibt die Schlüssel der Eidgenössischen Zollverwaltung. Denn Zölle und einige Abgaben sind noch das Einzige, das der Bund erhebt. Ein Zustand fast wie vor hundert Jahren, als die Steuerverwaltung noch nicht bestand und die Eidgenossenschaft eine andere war. Rund 15 Mrd. Franken durch Mineralöl-, Tabak-, Alkohol- und Stempelsteuern verbleiben dem Bund noch. Der grosse Rest (45 Milliarden) ist weg.

Was tun Private und Firmen, denen plötzlich viel Geld in der Tasche bleibt? Investieren und Anlegen ist sicher eine gute Idee. Auch die Vorsorge zu verstärken, denn sie ist jetzt fast ganz privatrechtlich geordnet. Vielleicht liegt, passend zum Thema, auch das ultimative Objekt Ihrer Träume finanziell jetzt drin. Ein schlechtes Gewissen brauchen Sie nicht zu haben. Ökonomen sagen, das BIP expandiert so stark wie nie.

Auf der anderen Seite fehlt der staatlichen Entwicklungshilfe jetzt das Geld. Sie wird durch private Spenden ersetzt.

Die Kultur- und Sportförderung durch Sponsoren und Mäzene. Die ETH wird amerikanisch und finanziert sich über gestiftete Lehrstühle und hohe Studiengebühren. Mittel für all das und das meiste sonst hat der Bund jetzt keine mehr. Mit dem, was bleibt, bedient er die noch immer über 100 Mrd. Franken Schulden; es nicht zu tun, empfiehlt sich, wie die Aktualität zeigt, auch in einem sehr kühnen Traum nicht.

Vielleicht wird es noch für eine kleine Grenztruppe reichen, für den Staatsschutz und einen Zustupf an die Bergbauern. Die übrige Landwirtschaft aber wird künftig ohne Staatsgelder auskommen müssen. Genauso wie die Sozialversicherungen und der öffentliche Verkehr. Bei all dem und vielem mehr werden es grundsätzlich die Nutzer sein, die von nun an bezahlen.

Ein Steuerparadies – ein Traumland? Ein urliberaler Hort der Freiheit oder ein ruchloser (früher sagte man: «unsittlicher») Nachtwächterstaat?

Der Bundesrat hat Ende Juni die Vernehmlassung zur Finanzordnung 2021 eröffnet. Es geht darin um die Weiterführung der Befugnis des Bundes zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer – der oben genannten Haupteinnahmequellen des Bundes (inkl. Verrechnungssteuer). Die Erhebungsbefugnis des Bundes ist heute befristet, aktuell bis 2020. Die Befristung grosser Staatseinnahmen ist wahrscheinlich ein helvetisches Unikum. Der Bund schlägt vor, es abzuschaffen und die genannten Steuern permanent zu erheben. Weil es sich um eine Verfassungsbestimmung handelt, hat das Volk das letzte Wort.

Das Ganze könnte als Politfolklore abgetan werden. Dass möglicherweise aber doch mehr dahinter steckt – die Grundsatzfrage nämlich, welche Steuern ein Staatswesen erheben soll, in welchem Umfang und für welche Zwecke –, das deutet selbst der Bundesrat an. Der (Warn-)hinweis, dass die Aufgaben des Bundes ohne Weiterführung der beiden Steuern nicht mehr wahrgenommen werden könnten, ist nicht anders zu lesen. (Die Steuern der Kantone und Gemeinden sind von der ganzen Thematik nicht betroffen.)

Wenn Sie also demnächst an einem müssigen Nachmittag am Strand liegen: Vielleicht spinnen Sie den hier begonnenen Gedanken doch noch fort. Zu welchen Schlüssen Sie gelangen, das bleibt Ihrem Traum überlassen...

frank.marty@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch